

München, 22. Oktober 2021

Stellungnahme vom Umweltinstitut München innerhalb des Feedback-Mechanismus zu „Rechtsvorschriften für Pflanzen, die mithilfe bestimmter neuer genomischer Verfahren gewonnen werden“

Das Umweltinstitut München e.V. sieht die geplante Verordnung der Kommission mit großer Sorge. Denn aus den dazu veröffentlichten Dokumenten, dem Bericht der Kommission¹ („EC study on new genomic techniques“, April 2021) und dem Inception Impact Assessment² (IAA, September 2021) ist klar herauszulesen, dass das bisher bestehende, relativ strenge europäische Gentechnikrecht (die Freisetzungsrichtlinie bzw. Richtlinie 2001/18/EG) damit aufgeweicht werden soll.

Vorsorgeprinzip stärken

Eine Deregulierung widerspräche dem in der EU herrschenden Vorsorgeprinzip³. Das Vorsorgeprinzip ist ein sehr hohes Gut, das wir unbedingt erhalten müssen. Es darf nicht durch eine neue Verordnung ausgehöhlt werden. Die Kommission sollte zudem den Willen der Bürger:innen akzeptieren und entsprechend danach handeln. In Deutschland beispielsweise will eine deutliche Mehrheit (83 Prozent), dass sowohl „alte“ als auch „neue“ Gentechnikmethoden einer umfassenden Risikoprüfung nach geltendem europäischen Recht unterzogen werden. Das zeigt eine neue repräsentative Umfrage im Auftrag des Umweltinstituts⁴. Das stützt unsere Forderung, dass alle Gentechnikmethoden strikt reguliert bleiben.

Unabsehbare Risiken

Mit den neuen Gentechnikmethoden wie CRISPR/Cas, TALEN, Zinkfingernukleasen und der Oligonukleotid-gesteuerten Mutagenese kann noch tiefer in die DNA von Pflanzen und Tieren eingegriffen werden als es mit den "alten" Methoden möglich war. Mittels neuer Gentechnik ist sogar möglich, völlig neuartige Organismen zu schaffen, indem die DNA Schritt für Schritt oder an mehreren Stellen gleichzeitig umgeschrieben wird. Immer wieder gibt es neue Veröffentlichungen zu den drastischen Nebenwirkungen, die CRISPR/Cas in der DNA anrichten kann. So zum Beispiel eine Studie⁵ vom Oktober letzten Jahres, bei der Wissenschaftler:innen menschliche Embryonen mittels CRISPR/Cas genmanipuliert haben. Die Genmanipulation zog eine sehr heftige ungewollte Reaktion im Genom nach sich: ganze Chromosomen gingen „verloren“. Wenn man bedenkt, dass eine einzige Punktmutation bereits zu einer Krankheit wie Sichelzellenanämie führen kann, so will

1 https://ec.europa.eu/food/plants/genetically-modified-organisms/new-techniques-biotechnology/ec-study-new-genomic-techniques_en

2 https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13119-Rechtsvorschriften-fur-Pflanzen-die-mithilfe-bestimmter-neuer-genomischer-Verfahren-gewonnen-werden_de

3 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3A132042>

4 http://www.umweltinstitut.org/fileadmin/Mediapool/Downloads/02_Mitmach-Aktionen/69_Konsultation_Gentechnik/2021-09_Umfrage_Gentechnik_Umweltinstitut.pdf

5 [https://www.cell.com/cell/fulltext/S0092-8674\(20\)31389-1](https://www.cell.com/cell/fulltext/S0092-8674(20)31389-1)

man sich gar nicht ausmalen, was der Verlust von Teilen eines Chromosoms oder eines ganzen Chromosoms für Folgen haben kann. Die Tragweite der Risiken für Umwelt und Verbraucher:innen ist nicht abzusehen.

Gentechnik ist Gentechnik

Im IAA werden „targeted Mutagenesis“ und „Cisgenesis“ für die Neuregelung aufgeführt. Sie werden darin als neue, risikoarme Gentechniken beschrieben. Dass es sich „nur“ um „neue“ Methoden handelt, ist allerdings nicht korrekt. Neue gentechnische Methoden (NGT) bestehen aus mehrstufigen Prozessen, die „alte“ wie „neue“ Methoden kombinieren. Die „Cisgenesis“ beschreibt nur die Herkunft der neu eingeführten DNA, mit welcher Methode das Erbgut verändert wird, ist nicht vorgeschrieben und kann beispielsweise völlig zufällig mittels „alter“ Technik, wie zum Beispiel der Genkanone erfolgen. Welche Methoden die Kommission genau aus der bestehenden Regulierung ausnehmen möchte, ist nicht näher definiert. Dadurch könnten sehr viele Techniken sowie die daraus entstehenden Organismen, aus dem bestehenden Recht ausgenommen werden.

Wahlfreiheit erhalten

Es ist zudem von großer Wichtigkeit, dass mittels Gentechnik veränderte Organismen, sowie daraus erzeugte Produkte nachverfolgbar und gekennzeichnet sind, und zwar entlang der gesamten Lieferkette. Denn die Wahlfreiheit für Verbraucher:innen, Züchter:innen und Landwirt:innen ist ein hohes Gut, das erhalten bleiben muss. Dass sich eine große Mehrheit (je 84 Prozent) der deutschen Konsument:innen eine Kennzeichnungspflicht für Produkte aus genmanipulierten Pflanzen und von Tieren, die genmanipulierte Futtermittel bekommen haben, wünschen, zeigt die bereits erwähnte Umfrage.

Herbizid-Resistenzen nicht nachhaltig

Die Kommission nennt im IAA Nachhaltigkeit als obere Prämisse. Doch Unternehmen setzen auch mit neuen Gentechniken auf Pflanzen, die resistent gegenüber Herbiziden sind, oder solche, die selber Insektengifte oder veränderte Inhaltsstoffe produzieren sollen. Der damit einhergehende massenhafte Einsatz von Herbiziden wie Glyphosat ist allerdings alles andere als nachhaltig. Die Produktion von Insektengiften innerhalb der Pflanzen, ist ebenfalls nicht nachhaltig, da sich sehr schnell Resistenzen entwickeln. Zudem schaden die produzierten und eingesetzten Gifte der Umwelt und zerstören die Artenvielfalt.

Agrarökologie fördern

Das Umweltinstitut München erwartet von der Kommission nachhaltigen Agrarsystemen Vorrang zu geben, statt auf die Scheinlösung Gentechnik zu setzen. Die multidimensionale Komplexität der Probleme, vor denen die Menschheit aktuell steht, lässt sich nicht durch die Anwendung von Technologien wie neuen Gentechnikmethoden lösen. Die Kommission sollte Agrarökologie, eine hohe Vielfalt an Anbausystemen, eine hohe genetische Vielfalt und eine große Vielfalt an Sorten fördern, um dem Artensterben, dem fortschreitenden Klimawandel und einer wachsenden Bevölkerung zu begegnen.